Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 19

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Informationen in knapper Form

Wenn wir mit guten Gründen und Belegen immer betonen, dass die Gewerkschaften in kommunistischen Ländern die Interessen des staatlichen Arbeitgebers gegenüber der Arbeiterschaft vertreten, so vermerken wir mit um so grösserem Interesse einen anders liegenden Fall in Ungarn. Hier hat eine gewerkschaftliche Organisation den verantwortlichen Funktionären ein Strafverfahren angedroht, falls nicht die Arbeitsbedingungen in einem Aluminiumwerk wesentlich verbessert würden. Es geht um 42 technische Zeichner, deren Konstruktionsbüro sich in einem Estrichraum mit völlig ungenügenden sanitärischen Verhältnissen befindet. Klagen waren schon seit einiger Zeit laut geworden, ohne dass sich von der Betriebsleitung irgend jemand um die Sache bemüht hätte. Diese war bis ans zuständige Ministerium für Schwerindustrie weitergeleitet worden, doch liess sie der Vizeminister Lörincz ebenfalls auf sich beruhen. Eine Nachfrage beantwortete er mit dem Hinweis, seine Zeit werde für ehrliche Leute beansprucht. Daraufhin aber ist nun eine Arbeitsschutzstelle energisch geworden und hat im zentralen Gewerkschaftsblatt «Nepszava» verkündet: «Wenn die Massnahmen (zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen) nicht ausgeführt werden, so werden wir gezwungen sein, den Fall der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten und ein Strafverfahren für wissentliche Schädigung der Gesundheit von Arbeitern einzuleiten.» Und in einem redaktionellen Nachwort verspricht die «Nepszava», sie werde den Fall nicht niederschlagen lassen (der Versuch wird offensichtlich erwartet), sondern «zu gegebener Zeit» auf die Angelegenheit zurückkommen.

Um sich international aufzuwerten und um den langersehnten langfristigen Waren- und Entwicklungskredit der Bundesrepublik doch noch unter Dach und Fach bringen zu können, hat die «DDR» kürzlich eine Amnestie für politische Häftlinge erlassen. Die genaue Zahl der in den Genuss dieser Amnestie kommenden politischen Häftlinge, von denen zahlreiche Personen Staatsbürger der Bundesrepublik sind, ist nicht bekannt.

Die Automobilindustrie der «DDR» wird nach eigenen Planungen erst in «der Periode nach 1970» nach einer modernen Technologie und mit international konkurrenzfähigen Selbstkosten (pro PKW der Mittelklasse unter 4000 Mark) arbeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen jährlich etwa 250 000 Wagen je Grundtype produziert werden. 1970 wird aber die Produktionszahl der beiden sowjetzonalen PKW-Typen Trabant und Wartburg zusammen erst 150 000 erreichen. 1963 wurden in der SBZ 84 290 Personenwagen hergestellt. 1964 sollen es (laut Plan) 92 000 Stück sein.

Die in Léopoldville (Kongo) erscheinende Tageszeitung «L'Etoile du Congo» berichtete kürzlich, dass laut Aussagen christlicher Missionare im Kongo in der Provinz Sankuru ein chinesischer Offizier von Truppen der Regierungsstreitkräfte erschossen worden sei. Offenbar handelt es sich bei dem Chinesen um einen der Pekinger «Berater» der kongolesischen Rebellen.

In Bulgarien wurde eine Reihe von Wirtschaftsfunktionären wegen Amtsmissbrauchs oder Nichterfüllung des Plans entlassen.

Schade, man schickt uns aus dem Aquarium heraus ins Wasser. («Krokodil», Moskau.)

Der dialektische Bumerang

«In allen kapitalistischen Ländern werden Kinder und Jugendliche ausgebeutet.» Mit dieser «alten Kamelle» aus den heute verstaubten Textbüchern Friedrich Engels' versucht die sowjetische pädagogische Fachliteratur auch heute noch Staat zu machen, sehr zum Erstaunen nicht nur des westlichen Lesers, sondern wohl auch des wohlwollenden Kommunisten. Keiner von beiden nimmt den Autoren solche und ähnliche Behauptungen mehr ab. Das Erstaunen aber wächst, wenn man den jüngsten Bericht der in Duschanbe (Hauptstadt der Sowjetrepublik Tadschikistan, Zentralasien) erscheinenden KP-Zeitung «Kommunist Tadschikistana» über Nachtarbeit und Ueberstunden von Minderjährigen liest. Da wird die obige Behauptung der Sowjetpädagogen zum bösen Bumerang. Dem Bericht zufolge stellten Kontrolleure in einem Textilkombinat der Sowjetrepublik Tadschikistan fest, dass die 108 jugendlichen Arbeiter und Angestellten unter 18 Jahren anstatt der gesetzlich vorgeschriebenen sechs täglichen Arbeitsstunden acht Stunden arbeiten müssen. Bisweilen leisten die Minderjährigen sogar Ueberstunden und Nachtarbeit, die sie obendrein noch nicht einmal vergütet bekommen. Die ebenfalls gesetzlich verordneten zusätzlichen freien Tage für minderjährige Arbeitskräfte werden nicht eingehalten. Um diese misslichen Zustände wussten die Behörden schon seit geraumer Zeit. Das Staatskomitee für Arbeit und Löhne (eine Art Arbeitsamt) und die Gewerkschaftsorganisation hatten zwar bereits eine Anordnung erlassen, wonach jugendliche Arbeiter in der Textilindustrie nur dann *sieben* Stunden täglich arbeiten dürfen, wenn sie pro Woche zwei arbeitsfreie Tage erhalten. Diese Verordnung aber vermochte laut KP-Organ die Zustände nicht zu bessern, weil die beinahe allmächtigen Betriebsdirektoren sie schlicht und einfach ignorieren oder bewusst missachten.

Die Haltung der Betriebsleitungen lässt sich natürlich verhältnismässig leicht erklären, wenngleich das KP-Organ aus verständlichen Gründen die naheliegende Schlussfolgerung nicht zieht. Die Fabrikdirektoren sind in erster Linie auf die Erfüllung oder — wenn möglich — Uebererfüllung ihrer Produktionspläne bedacht, weil davon die Höhe der ihnen zugestandenen Prämien abhängt. Und im Kampf um die höhere Prämie bleibt kaum Zeit für die Berücksichtigung der sozialen Belange der den Direktoren unterstellen Arbeitnehmer. Dies kann geschehen, obwohl — oder vielleicht gerade weil — die meisten Direktoren altbewährte Mitglieder der Kommunistischen Partei sind. Bedenklich erscheinen solche Zustände auch deshalb, weil die in jedem Betrieb bestehenden Parteiorganisationen, deren oberste Pflicht es wäre, das Wohl des Arbeiters im Auge zu haben, sich um dieses Wohl nicht besonders kümmern.